

rola, der
ber
dine
offen-
über-
heit
hörs-
die
die
in
Zeil

Bezugspreis

Im Halle vierteljährlich 2,50 M., durch
die Post 3 M., monatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Postgeb.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Halle
Nummer 1882 des amtlichen
Bezugspreisverzeichnisses.
Für die Redaktion verantwortlich
S. B. Albert Berlin in Halle
Halle-Verlagsanstalt in Halle
Königsplatz-Str. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werben die Spalte oder deren Raum
mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
15 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von unseren Annoncenstellen mit allen
Kameras-Expeditionen angenommen.
Bestellen die Seite 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der
Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.
[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist
nicht gestattet.]

Nr. 126.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 3. Juni

1891.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für den Monat Juni
werden von allen Reichspostanstalten, für Halle von der
unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen
mausgesetzt angenommen. Die Expedition.

Die Zollrede des Reichskanzlers.

Schnell fertige Leute hatten bereits den deutschen Reichstag
einschließlich des Abgeordneten für Gesehmdorf-Dierdorf
verammelt gesehen. Damit ist nun nicht der Reichstag wird
nicht einberufen, die Korolle werden nicht ernannt und alles
fehrt zur alten Ordnung wieder. Wenigstens vorläufig. Denn
es ist nicht unenkbar, daß die Vögel der Thatsachen sich wieder
einmal härter erweist als generelle Beschlüsse. Dann
aber würde es vernünftiger nicht mehr der Herr General
v. Caprivi sein, der den deutschen Volkstrettern eine zeit-
weilige Herabsetzung der Getreidezölle vorschlagen hätte.
Erweist sich der hochgelehrte Optimismus der Regierung als
nicht sichhaltend, dann ist es mit dem politischen Aufsehen des
jetzigen Kanzlers so ziemlich vorbei und die Aera Caprivi
müßte ihr Testament machen.

Welches hohe Maß von Vertrauen die Schutzzölle dem
Gewicht der vom Reichskanzler vorgebrachten Gründe entgegen-
bringen, das beweisen die Vorgänge im Abgeordneten-
haus am Montag recht deutlich. Herr v. Caprivi hielt eine
lange, wohlgeleitete und inhaltreiche Rede, die Rechte jubelte
ihm begeistert zu, aber sie wollte nicht buben, daß an diese
ungenügendlich bedeutsame Rede sich eine Debatte knüpfte.
Waren die vom Reichskanzler vorgebrachten Gründe schwach,
dann ist der Jubel, waren sie stark, dann ist die Redeperre
unbegreiflich. Denn gegen den Eindruck guter, auf Tatsachen
gestützter Gründe kann selbst der beste Oppositionsredner nicht
aufkommen. Aber die preussischen Konservativen sind eben in
allen Stücken die allgeringsten Nachbarn der Regierung.
So lange diese ihnen nämlich den Willen thun. Die Hand-
reichliche Ordnung haben sie nach in wüßter Stunde durch ein
schleunig erlassenes Mandat zum Schüttern zu bringen. Aber
die Getreidezölle — ja, Bauer, das ist ganz was anders!
Die Regierung hat vier Wochen gebraucht, um zu überlegen,
daß nichts zu thun ist, die Konservativen brauchen wenigstens
vier Tage, um zu überlegen, daß nichts zu thun ist. Es geht
doch nichts über die parlamentarische Bescheidenheit, die im
lärmenden Drabornen volles Genügen findet.

Wenn Herr v. Caprivi, wie wir annehmen, ein feines
Gehör hat, dann muß ihm auch bei diesen Drabornen
„unheimlich“ geworden sein. Denn die Käufer sind zum guten
Teil die Gegner auch jener Zollernährung, die im deutsch-
österreichischen Handelsvertrage vorgelegen ist, und für ihre
künftigen Oppositionsreden werden sie immerhin einige Motive
der Zollrede des Reichskanzlers entnehmen können. Allzu
scharf braucht sich freilich diese Opposition nicht zu gestalten,
da nach der staats rechtlichen Versicherung des Herrn v. Caprivi
an eine Mißdeutung zum Freihandelsystem nicht zu denken ist.
Wer etwa geglaubt hat, die Regierung habe in der Zollfrage
den nicht hier geführten Standpunkt des Professor Conrad
für gewöhnlich, der weiß nun, daß er im Irrtum war. Der
Holl wird vom Februar 1892 an um 1,50 M. herabgesetzt
werden, danach aber können die Herren Agrarier wieder ruhig
schlafen. Und so weit wir entfernt davon sind, diesen ersten
Schritt zur Befreiung gering anzuschlagen, so wenig kann
uns das dieser Schritt genügen, wenn er zugleich der letzte
sein soll. Aber ob er es sein wird? Aber nicht. Man hat
noch größere Wunder im neuen Deutschland erlebt, als einen
Anschauungswechsel der jetzigen Regierung.

Der Reichskanzler hofft auf ein verhältnismäßig günstiges
Ernte-Ergebnis und er glaubt, die noch vorhandenen Vorräte
reichte der Zufuhr werden reichen, bis das neue Korn in die
Mäulen gelangt. Gewiss ist dieser Glaube und diese Hoffnung
auf zuverlässige Tatsachen gegründet, nur hätte man auch
geru von diesen Tatsachen und Ziffern etwas erfahren. Das
geschah aber nicht, und man hat sich bei dem Vertrauen zur
Weisheit der Staatsregierung einwilligen zu beruhigen. Es
würde auch töricht, ihr Mißtrauen entgegenzubringen, so weit
es sich um ihren guten Willen handelt; an dem zweifelt kein
verständiger Mensch, während ihre volkswirtschaftliche Einsicht doch
recht erheblich geringer geschätzt wird. Und gerade darum sollte sie
ihre reiches Material nicht verbergen, dem ganz allein die Kraft
innewohnt, die Beurteilung im Lande einigermaßen zu be-
festigen. Es mag sein, daß die Zufuhr ausreichen wird, um
uns bis zur Ernte durchzubringen; welche Preise aber werden
für das eingeschiffte Getreide zu zahlen sein? Schon jetzt hat
der Bezugspreis 210 M. der Bezugspreis 260 M. über-
schritten, und nachdem ein Sonnabend ein Anschlag eingetroffen
war, ist nach der Rede des Kanzlers der Preis heftig
drockfrüchte an der Berliner Börse wiederum um sieben
Mark gestiegen. Ob man das nun einen „Notstand“
nennen will oder nicht, das bleibt person. Der Aufsicht über-
lassen; daß diese Preise keine normalen mehr sind, daß sie
den armen Mann in seiner wichtigsten Nahrung — namentlich
bei der nebenher gehenden Kartoffelverwertung — außerordent-
lich schwer belasten, das kann auch der Reichskanzler nicht
leugnen. „Unnatürlich“ hoch sind unsere Getreidepreise freilich
nicht, wie ein Vergleich der deutschen Preisliste mit denen
der fremden Handelsmärkte schlagend beweist. Die Preis-
bildung vollzieht sich durchaus folgerichtig und erhellt sich fast
genau um den Betrag des Zolls.

Während wir in letzter Zeit so häufig diese Frage eingehend
erörtert haben, sind neue Gesichtspunkte absolut nicht mehr
geltend zu machen. Schon vor der Rede des Reichskanzlers

haben wir unsere schwere Bedenken gegen eine theilweise Zoll-
ermäßigung auf kurze Zeit ausgesprochen und wir stimmen
mit Herrn v. Caprivi darin überein, daß durch ein solches
Vorgehen eine Steigerung des Weltmarktpreises geschaffen
werden würde, die den nachgelagerten Betrag des Zolls bald
wieder eingepolt hätte. Die steigende Tendenz, die in den
letzten Tagen die Getreidemärkte von Petersburg und Amster-
dam beherrschte, hat unsere Befürchtung nach dieser Richtung
bestätigt. Es ist gut, daß diese halbe Maßregel nicht versucht
worden ist, denn die Schutzzölle hätten aus ihrer geringen
Wirkung auf die Preise bequemen Agitationsstoff gegen jede
Zollherabsetzung geschöpft. Auch der Worte des Reichskanzlers
freuen wir uns, die die zum größten Teil mehrheitlich un-
gereimten Anschuldigungen gegen die böse „Spekulation“ sachtlich
und kühl zurückweisen. Diese kleinen Feinde aber werden
allzu reichlich meist gemacht durch die Enttäuschung, die in der
Zukunft die Zollrede vom Montag der deutschen Bevölkerung
verursacht hat. Mit Sicherheit läßt es sich voraussagen,
daß nun, nachdem die Regierung eine Politik des Nichtstuns
verlassen hat, die Getreidepreise noch weiter steigen werden.
Was das bei dem Mangel an Vorräten, der trotz des
Optimismus des Ministerpräsidenten besteht, zu sagen hat, ist
jedem Konsumenten ohne weiteres klar. Alles Uebrige hängt
jetzt vom Wetter ab, und Herr v. Caprivi mag wohl die nicht
immer unrichtigen Berichte der Seewarte in nächster Zeit mit
besonderem Interesse lesen.

Ein großer deutscher Dichter läßt eines seiner Schöpf-
gelegenheit sagen, daß man von jenen Tugenden am häufigsten
zu sprechen pflegt, die man nicht besitzt. Um dieses weise Wort
unseres Lesung wird man erinnern, wenn man in der Zollrede
des Reichskanzlers wiederholt der Vorehrung einer „stetigen“
Regierung begeht. Um die Stetigkeit der Regierungspolitik
auch in diesem Falle zu bewahren, soll der Zoll in seiner
brüderlichen Höhe erhalten bleiben. Ein genoss unverdächtig
Zeuge, die „National-Ztg.“ hat darauf eine prompte Antwort
gegeben, als sie mittelsteils das ganze Verhalten der Regierung
in der Suspensionsfrage habe in Handelskreisen ein Gefühl
der Unsicherheit hervorgerufen, das eine Belebung des seit
langen Monaten schon ermatteten Geschäftsvetriebs nahezu
gänzlich ausschließe. In der That ist es schwer, ernsthaft von
einem heiligen Programm zu sprechen, wenn die Regierung
durch Handelsverträge den Zoll zu erniedrigen sucht, und im
Anschluß an diese ganz ungewöhnlichen Preissteigerungen die Hände
in den Schoß legt. Welchen Kurs wir haben, weiß heute
niemand, wohl morgen niemand wissen. Sicher ist nur, daß
die Verantwortung, die das Ministerium Caprivi am Montag
auf sich genommen hat, eine schwere ist und eine verhängnis-
volle leicht werden kann.

Deutsches Reich.

* Berlin, 1. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin trafen
heute vormittag 8 Uhr in Kiel ein und wurden von der
Prinzessin Heinrich von Preußen, sowie von der
Prinzessin Gertrude von Schleswig-Holstein be-
greet. Ferner waren Prinzessin Elisabeth und die Con-
tinentale Menzinger und v. Reiche zum Empfang ihrer
Majestäten anwesend. Die Herrschaften begaben sich sofort in
das königl. Schloß. Die im Hafen liegende Flotte salutirte die
kaiserliche Standarte. Vormittag 11 Uhr beglückte der Kaiser das
Fischgeschäft des Wanderverkehrs „Waden“. Gegen Mittag
begaben sich Ihre Majestäten nach Wismar, wo die Kaiserin
den Nachmittags 1 Uhr entgegenzutraten. Beim herrschaftlichen
Besuche saluirten die Kriegsschiffe die kaiserliche Standarte.
Nachmittags 4 Uhr kehrte der Kaiser von der Seefahrt an Bord
der Yacht „Meteor“ zurück, begleitet von dem Adm. v. Greif
und 23 Yachten des kaiserlichen Yachtclubs. Während die
Kaiserin und die Prinzessin Heinrich nach der Ankunft an
Land gingen, blieb der Kaiser bis 6 1/2 Uhr auf dem
„Meteor“ und begab sich abends ins Schloß. — Bei der Parade
in Potsdam wurde der älteste Sohn des Prinzen Albrecht,
Prinz Friedrich Heinrich, welcher mit seinen beiden
Bründern in der Front des 1. Garderegiments 3. J.
als Lieutenant die große Parade mitmachte, nach dem ersten
Vorbeimarsch des Regiments von einem plötzlichen Unwohlsein
hervorgezogen durch die Hitze, befallen. Der Prinz wurde nach
dem königl. Leib-Neckel getragen, wo er sich ebenfalls bald
wieder erholt. Er trat aber nicht wieder in die Front ein.

— Berlin, 1. Juni. Die Reise Dr. Stephan's nach
Konstantinopel endigt, entgegen der Meldung Wiener
Blätter, jedweden menschlichen und offiziellen Charakters. Der
Herr Staatssekretär wird Ende dieser Woche hier bereits
zurückkehren. Die hohe Herrschaft hat übrigens den berühmten
Hoch durch Einführung der Postambate würdig gefeiert. Bis
jetzt waren dieselben der ottomanischen Post noch unbekannt
geblieben. Wie verlautet, gebührt der vorige Generalpost-
direktor ebenfalls den Ehrentiteln Posten bejagt wurde.
Uebrigens ist die türkische Post eilig befristet, sich mehr und
mehr in ihrem Betrieb den modernen europäischen Verhält-
nissen anzupassen.

△ Berlin, 1. Juni. Die Meldung ausländischer Blätter
von der Erkrankung des Grafen Waldsee ist dahin
zu berichtigen, daß es sich laut einer aus dem Kriegsministerium
gelangten Mitteilung nur um eine vorübergehende Un-
päßlichkeit handelt. Seit Wochen bereits hatte der Graf
schwere Inspektionen unternommen, welche höheren Be-
nehmen nach durch die Inspektionen ein Unterbrechung nicht
erfahren werden. Die Anstrengung, er wolle sich in Anrum
einer Vadekur unterziehen, ist an dieser Stelle schon früher
dementirt worden.

Was im Schoße des nationalliberalen Partei-
tages, dessen am Sonntag in Berlin angenommenen
Resolutionen wir gestern bereits mitgeteilt haben, vorgegangen

ist, darüber lassen sich nur Vermuthungen anstellen. Außer-
lich ging alles glatt, und es wurde, wie immer bei solchen
Veranlassungen, schnelle Einigkeit erzielt. Freilich war das
nur durch die Annahme von ganz und gar allgemein gehaltenen
Erklärungen zu ermöglichen. Gerade auf den Gebieten, die
heute im Vordergrund unseres öffentlichen Lebens stehen,
gerade in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen, scheint eine
Ueberbrückung der innerhalb der nationalliberalen Partei vor-
handenen Gegenätze nicht mehr zu erzielen zu sein. Hatte
man in Hebelberg 1884 klar erkennbare Ziele vorgezeichnet,
Ziele, die allerdings recht weit ab vom liberalen Wege lagen,
so war man jetzt eigentlich nur in der Negation einig. In
der Sozialpolitik soll eine Hauptangelegenheit, die Wirtschaft-
spolitik — einschließend des deutsch-österreichischen
Handelsvertrages — soll als eine Parteifrage nicht be-
handelt werden, vielmehr bleibt jedem Einzelnen die Ent-
scheidung, nach seinem pflichtgemäßen Ermessen anheimgestellt.
Wie freilich zu erwarten war, hat der Parteitag der von
den „Saale-Blatt“ geforderten Annahme für die
Bismarck'sche Wirtschaftspolitik sich nicht unterziehen lassen.
Wohl aber wurde ein in vornehmem Ton gehaltenes
Begründungsprogramm nach Friedrichs Absicht, das sofort
höfliche Erwiderung fand. Auch diese Unklarheiten haben
in den jetzigen Verhältnissen ihre Bedeutung, und Partei-
tage, die bei geschlossenen Thüren stattfinden, liefern natur-
gemäß nur Unklarheiten und gefällige Delorationsstücke an
die Öffentlichkeit. Alle weiteren Betrachtungen wird man
daher am besten vertagen, bis die nationalliberale Presse,
namentlich auch die in Südwestdeutschland, zum Worte gelangt
ist. Die nationalliberale Partei hätte, wenn sie wieder in
entschieden liberalen Bahnen einlenken wollte, noch eine große
und ehrenvolle Mission in unseren verfahrenen imperialistischen
Zuständen zu erfüllen und mit Bemühtung würden wir sie
an dieser Arbeit sehen, für die ihre Bergangenheit und die
Elemente, auf die sie sich in der Bevölkerung stützt, sie be-
stimmen. Ob es aber dauernd möglich sein wird, die Partei
in ihrer früheren Haltbarkeit zu bewahren, das muß bei der
zeitigen Meinungsverschiedenheit in den entscheidenden
Fragen der politischen Entwicklung allerdings recht zweifelhaft
erscheinen.

Die „Alln. Ztg.“ sagt ihre Anschauung über den Partei-
tag dahin zusammen, daß es sich bei den Beschlüssen derselben
mehr um eine „persönliche Gefühlsstellung der Partei“,
handelt. Wenn sich die Gefühlsstellung aber so mächtig äußere,
müsse „die reine Verstandesbewegung darauf Rücksicht nehmen.“
Die Antwort, welche Fürst Bismarck auf das Begründungs-
telegramm des Allg. Anst. an den Parteitag sandte und welche
nach Aufhebung der Tafel in Berlin eintraf, lautet wörtlich
wie folgt:

Euer Wohlgebohren danke ich verbindlich für die freund-
liche Begrüßung im Namen der Partei, welcher das Vaterland
für die Förderung unserer nationalen Politik zu besonderer
Dankbarkeit verpflichtet ist. v. Bismarck

Ueber den Verlauf des deutschfreisinnigen Partei-
tages für Südwestdeutschland haben wir berichtet. Es
erhielt sich, den Wortlaut der Resolution anzuführen, welche
über die Frage der Getreidezölle gefaßt wurde. Derselbe,
einstimmig angenommen, lautet wie folgt:

Der Parteitag, zahlreich besucht aus Baden, der Pfalz,
Großherzogthum Hessen und der Provinz Preußen, verlangt von
der Regierung sofortige Aufhebung der Getreidezölle.
Ein längerer Zögern würde nicht zu verantworten sein gegen-
über dem Interesse der Ernährung des Volkes und der Wehr-
haftigkeit des Landes.

Ueber die Wirkung der Caprivi'schen Erklärung
auf die Productenbörse meldet die „Nat.-Ztg.“:

„Der Markt eröffnete in großer Erregung mit wesentlich
erhöhten Preisen, die später noch weiter anwuchs, und
wenn auch zuletzt eine geringe Abminderung bemerkbar war,
sind die Schlussnotierungen für Weizen und Roggen doch
noch bis zu 6 M. höher als vorgestern. Die entfernteren
Termine, die vordem weniger getrieben waren, zeigten heute
auch nur geringere Fortschritte.“

Im dem Bericht über die Fondsbörse heißt es:

„Die bisher willkamen Gründe der schwachen Haltung
erhielten heute (Montag) eine Verstärkung durch die Tath-
sache, daß die erwartete Ermäßigung der Getreidezölle
regierungsseitig abgelehnt wurde. Darin wird in hohem Grade
eine Unentschiedenheit in den Entschlüssen der leitenden Au-
toren erblickt, welche eine bestimmte Richtung in der Behand-
lung und Lösung wirtschaftlicher Fragen überhand aus-
schleicht und daher jede Vertheiligung im Voraus und jedes
Rathsch im Geschäftselben erschwert.“

Auch nach anderen Berichten stellen es die Interessenten als
sehr Ansehung ein, daß sie die vom Reichskanzler v. Caprivi
geäußerte Ueberzeugung, es seien im Inlande noch genü-
gende Vorräte vorhanden und große Mengen zur Einfuhr unter-
wegs, nicht theilen könnten. Auch die günstigsten Nach-
richten über die zukünftige Ernte, welche der Regierung zu-
gegangen sind, werden angeweifelt und als Beweis wird die
Schwäche angeführt, daß die Getreidepreise so stark ge-
stiegen sind.

Der „Magd. Ztg.“ zufolge wird jetzt nachträglich bekannt,
daß man bis Freitag innerhalb der Regierung noch der
Anstalt war, daß in Bezug auf die Ermäßigung des Getreide-
zolls etwas geschehen müsse; nachdem indessen im Laufe des
Sonnabends auch die von Privaten ausgehenden Erklärungen
vorlagen, fand es bereits ziemlich fest, daß man sich zu einer
zeitweiligen Ermäßigung oder Aufhebung der Getreidezölle nicht
entschließen würde. Ueberdies hätten, so hieß es im Ab-
geordnetenhaus, im Ministerium handelspolitische Rücksichten

auf längere Zeit die Getreidepreise erniedrigen können, wie wir das eben im Laufe von Beträgen mit anderen Staaten im Auge gefasst haben, dann werden wir der ärmern Bevölkerung mehr thun, die Bekleidungsbedürfnisse zu decken, indem wir uns auf 6 Monate eine Verordmung vornehmen. Wir werden dann die Verhältnisse dieser Klasse dauernd bessern, während wir jetzt im günstigen Falle eine unbedeutende, kaum wahrnehmbare Verbesserung herbeiführen. (Beifall der Versammlung.)

Am nächsten An die Regierungsentwürfe enthält sich eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob über die Ausfahrungen eine Diskussion stattfinden soll, nachdem Abg. Nider (Dr.) bei dem Verlauf der Verlesung der Rede des Reichspräsidenten sofort von dem Präsidenten v. Koller unterbrochen worden ist, mit dem Bemerkten, daß ein Eingehen auf den Gegenstand nicht möglich ist.

Abg. Nider: Wir haben das Bedürfnis, sofort in die Diskussion einzutreten. Da aber der Präsident jedes Wort in dieser Beziehung verweigert, so muß ich mich befleißigen. Ich habe nur den Wunsch, daß der Reichspräsident die Inhabituere Erklärung mit den Ministern scheinlich dem Reichspräsidenten zuschreiben läßt, und daß nicht erst übermorgen im Reagenzglas Bericht, sondern bereits heute Abend im Reichsanzeiger diese Erklärung veröffentlicht in unsere Hände kommt. Wir werden uns dann vornehmen, wenn wir diesen Gegenstand weiter erörtern wollen.

Abg. v. Gumbert (nl.): Ich erlaube mir, die Wichtigkeit der Sache nicht geteilt, die nächsten Tag den Antrag zu stellen.

Abg. Nider (Dr.): Solche Erklärungen, wie sie der Herr Reichspräsident uns gemacht hat, sind überhaupt gar nicht in der Geschäftsordnung. Ich möchte hier nur in Verbindung mit Vorlesung oder bei Einbringung von Vorlesungen wie beim Budget, oder im Hinblick auf die Verhandlungen des Hauses. Die Regierung ist aber formell berechtigt, auch etwas vorzubringen, was nicht auf der Tagesordnung steht, was auch nicht in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist, weil es jedoch das Wort ergreifen kann, wenn es für beliebt. Wenn nun ein außerordentlich Fall eintritt, so meine ich, müßte das Abgeordnetenhaus doch auch das Interesse haben, sich nicht selbst müde zu machen (Beifall links; lache rechts), nur als Grotz zu erweisen, der zur Genußnahme von Vorlesungen der Regierung zu ihm (Beifall links), sondern es ermöglichen eine Diskussion damit anzustellen. Das kann geschehen, wenn jemand aus dem Hause widerspricht. Ich möchte aber, daß dies nicht geschieht im Interesse des Ansehens des Hauses. (Beifall der Versammlung.)

Abg. Nider: Das die Staatsregierung nach der Verlesung wie nach der Geschäftsordnung jeder Zeit das Wort ergreifen und eine Erklärung abgeben kann, welche ihr beliebt, ist unzweifelhaft. Das wir nur das verhandeln können, was auf der Tagesordnung steht, ist nach der Geschäftsordnung selbstverständlich, und so lange diese Geschäftsordnung besteht, bin ich verpflichtet, mich zu halten, was ich auch nicht ändern will. Die Geschäftsordnung ist also das Wort nicht ertheilen. Dem Reichspräsidenten Abg. Nider, daß die Rede des Herrn Reichspräsidenten baldigt in Druck kommt, werde ich gern eintreten.

Abg. Richter: Es sind mir zahlreiche Fälle bekannt, in denen die Reichspräsident die Angelegenheiten in einer Verhandlung erörtert, die nicht auf der Tagesordnung steht. Es liegt das voraus, daß formell von seiner Seite Widerspruch ist. Ich bedauere, daß ein solcher Widerspruch erhoben wird, weil dadurch die Bedeutung des Abgeordnetenhauses wirklich nicht gehoben wird. (Beifall der Versammlung.)

Abg. Graf Limburg-Straum (nl.): Wenn es auch nach der Geschäftsordnung zulässig wäre, daß bei Widerspruch seines Einzelnen sofort in die Tagesordnung eingetreten wird, so würde ich mich nicht widersetzen. Die Ansicht des Abg. Richter, daß es im Interesse des Ansehens dieses Hauses liegt, gleich in die Debatte einzutreten, ist auch in keiner Weise. (Sehr richtig.) Die Reden der Reichspräsidenten waren wohl erwogen und wohl vorbereitet, wie es der Wichtigkeit der Sache entspricht, und das Land hat ein sehr großes Interesse daran, eine Neuverhandlung des Reichspräsidenten zu vernehmen. Dagegen ist es unabweisbar, möglicherweise aufzutreten Debatten dieses Hauses zu hören, hat das Land ein Interesse. (Beifall rechts, lachen links.)

Abg. Richter (Dr.): Ich mache der Regierung nicht den Vorwurf, daß sie in jeder Sache die Lösung hier in Kauf abgibt, sondern in einer anderen Form. Das bedeutet ein Maß von Achtung vor dem Parlament, wie ich es mir wünschen kann. Auf der anderen Seite aber hätte ich es auch für richtig, daß das Abgeordnetenhaus im Hinblick darauf, wie weit es möglich ist seinen Ansichten im Vorfeld nicht einseitig bloß die Ansichten der Reichspräsidenten entgegenzusetzen. Sie meinen, Sie können nicht gleich ein Urtheil abgeben. Sie haben ja Befehl davon; dann hätten Sie doch auch damit warten müssen. Wollen Sie mir durch Interventionen Ihre Meinung und Ihren (Beifall der Versammlung.) Ich bin nicht der Meinung des Reichspräsidenten, daß die Reichspräsidenten, daß wir gerade gegenüber den sehr achtungsvollen Ausführungen des Reichspräsidenten auch den Zweifel Ausdruck zu geben haben, die sich angesichts dieser Erklärungen sofort ausdrücken. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Seemann (Dr.): Ich kann Herrn Richter nicht recht geben, daß wir das Ansehen des Reichspräsidenten nicht wahren. (Beifall rechts.) Unsere Geschäftsordnung beruht auf der ganz weiten Vorfrist, daß nicht ganz plötzlich eine Debatte ins Haus hineingeworfen wird, welche nicht vorbereitet ist. Wir haben die Erklärung des Reichspräsidenten und sind in der Lage, durch Interventionen und Anträge sie in jedem Augenblicke zur Debatte zu bringen. Das genügt für das Wohl des Landes und auch für die Ehre des Abgeordnetenhauses. (Beifall der Versammlung.)

Abg. v. Gumbert (nl.): Ich bedauere den Widerspruch gegen die sofortige Diskussion, ich würde es im Interesse des Landes für erforderlich halten, daß an dem bevorstehenden Reichspräsidenten sich sofort eine Diskussion anschließen sollte.

Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte beendet. Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein: Verlesung der aus dem Reichspräsidenten zurückgelassenen Bundesverordnungen.

Abg. v. Gumbert (nl.): Ich erlaube mir, die Wichtigkeit der Sache nicht geteilt, die nächsten Tag den Antrag zu stellen.

Abg. Nider (Dr.): Solche Erklärungen, wie sie der Herr Reichspräsident uns gemacht hat, sind überhaupt gar nicht in der Geschäftsordnung. Ich möchte hier nur in Verbindung mit Vorlesung oder bei Einbringung von Vorlesungen wie beim Budget, oder im Hinblick auf die Verhandlungen des Hauses. Die Regierung ist aber formell berechtigt, auch etwas vorzubringen, was nicht auf der Tagesordnung steht, was auch nicht in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist, weil es jedoch das Wort ergreifen kann, wenn es für beliebt. Wenn nun ein außerordentlich Fall eintritt, so meine ich, müßte das Abgeordnetenhaus doch auch das Interesse haben, sich nicht selbst müde zu machen (Beifall links; lache rechts), nur als Grotz zu erweisen, der zur Genußnahme von Vorlesungen der Regierung zu ihm (Beifall links), sondern es ermöglichen eine Diskussion damit anzustellen. Das kann geschehen, wenn jemand aus dem Hause widerspricht. Ich möchte aber, daß dies nicht geschieht im Interesse des Ansehens des Hauses. (Beifall der Versammlung.)

Abg. Richter: Es sind mir zahlreiche Fälle bekannt, in denen die Reichspräsident die Angelegenheiten in einer Verhandlung erörtert, die nicht auf der Tagesordnung steht. Es liegt das voraus, daß formell von seiner Seite Widerspruch ist. Ich bedauere, daß ein solcher Widerspruch erhoben wird, weil dadurch die Bedeutung des Abgeordnetenhauses wirklich nicht gehoben wird. (Beifall der Versammlung.)

Abg. Graf Limburg-Straum (nl.): Wenn es auch nach der Geschäftsordnung zulässig wäre, daß bei Widerspruch seines Einzelnen sofort in die Tagesordnung eingetreten wird, so würde ich mich nicht widersetzen. Die Ansicht des Abg. Richter, daß es im Interesse des Ansehens dieses Hauses liegt, gleich in die Debatte einzutreten, ist auch in keiner Weise. (Sehr richtig.) Die Reden der Reichspräsidenten waren wohl erwogen und wohl vorbereitet, wie es der Wichtigkeit der Sache entspricht, und das Land hat ein sehr großes Interesse daran, eine Neuverhandlung des Reichspräsidenten zu vernehmen. Dagegen ist es unabweisbar, möglicherweise aufzutreten Debatten dieses Hauses zu hören, hat das Land ein Interesse. (Beifall rechts, lachen links.)

des Provinziallandtags im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten stattfinden kann.

Abg. v. Diemowitsch (nl.) bezeichnet seinen Antrag als ein wünschenswertes Entgegenkommen gegen den Reichspräsidenten, welches die Grenze für seine Nachbarkreis sehr bestimmt und eng gezogen habe.

Abg. Dr. v. Güne erklart sich mit dem Beschlusse der Versammlung einverstanden, der die Möglichkeit der Einbringung des Reichspräsidenten durch die Provinziallandtage umgekehrt als die Grenze für seine Nachbarkreis sehr bestimmt und eng gezogen habe.

Abg. v. Kuchhaupt führt aus, daß es den Konserativen sehr schwer werden würde, für die Angelegenheitsordnung überhaupt zu stimmen, falls das Haus seinen früheren Beschluß gegenüber dem Reichspräsidenten nicht ausdrücklich erhalten würde. Die konservativen Partei lege einen großen Werth auf konstitutionelle Regelung. Das Abgeordnetenhaus habe seinen Beschluß ja auch nur in der Weise gefaßt, ein Korrektiv zu schaffen für den Fall, daß eine konstitutionelle Regelung nicht zustande komme. Die konstitutionelle Regelung habe die Wichtigkeit nicht aufzuheben wollen. Der Provinziallandtag sei auch nicht die geeignete Instanz, von welcher dieses Korrektiv ausgehen könne. Der Provinziallandtag könne sich nicht mit der Erhebung von Klagen für einzelne Gemeinden befassen. Das wäre ja ein Unikum in unserer Gesetzgebung.

Minister Herrfurth führt aus, daß das Abgeordnetenhaus gegen die konstitutionelle Regelung gehen will, weil es die Streitigkeiten über Erweiterung und Beschränkung des Stimmrechts nicht in die Gemeinden selber hineintragen wollte. Man wolle die Entscheidung in eine möglichst frühe Zukunft legen. Die Regierung fass die Möglichkeit gehe, den Reichspräsidenten der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Der Antrag Nider sei für die Regierung unannehmbar, der Zentralantrag um deswillen, weil er den von ihm beabsichtigten Beschlusse des Reichspräsidenten trifft widerspricht. Der Antrag v. Kuchhaupt würde wohl das Abgeordnetenhaus nicht annehmen, dem Antrag v. Diemowitsch könne die Regierung aber zustimmen.

Abg. v. Diemowitsch (nl.) tritt ebenfalls für den Reichspräsidenten ein, der nur in einer rein technischen Frage von dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses abweicht, den wesentlichen Theil des § 49 über die Verlesung des Stimmrechts, unterbrecht seine Unterbrecht zwischen den beiden Beschlüssen, welche nur darin, daß der Beschluß des Reichspräsidenten das Schwergewicht der Entscheidung anfallt in den Kreislauf in eine höhere Weidung legt. Dieser Unterschied ist nicht so groß, daß man sich deswillen das Zustandekommen des Gesetzes erschüttern dürfte.

Abg. Nider (Dr.) erklart, mit voller Inbegriffenheit der Sache gegenüberzutreten, da die freisinnige Partei zu den Vorberathungen über die Reichspräsidentenänderungen nicht zugezogen ist. Es sei ein ganz außerordentliches Vorgehen, daß das Abgeordnetenhaus nicht gereut habe, was das Abgeordnetenhaus gegenüber dem Reichspräsidenten im Allgemeinen stützenden Beschlusse für die Angelegenheitsordnung stimmen in der letzten Session, daß die Reform dann schneller kommen werde als die jetzige, auf die man seit 1856 habe warten müssen. Die freisinnige Partei wolle Maßregeln haben und nicht Ortsrechte, wie die Konservativen. Dann werde ein Schritt zu sein, die Reichspräsidenten für die Angelegenheiten wieder herauszugeben. Die Verlesung des Abg. v. Kuchhaupt ist begreiflich, denn für seine Partei ist das tolerari possit die äußerste Konfession. Man sehe es ihr an, daß ihr der Minister die Zahlen, den er schon auf der Einlagebande habe, der inangenehme Mann in der neuen Regierung sei, weil er die Landgemeindeförderung einseitig durchgreifen will, und das Abgeordnetenhaus dem Antrag Kuchhaupt weit vorausgehen, weil er die größten Hindernisse der Ausführung seiner Bestimmungen in den Weg lege. Er hätte es deshalb noch lieber gesagt, wenn der Antrag Diemowitsch nicht gestellt wäre. Wie weit es mit der Liebe der Konservativen zu dem Reichspräsidenten sei, erweise, nämlich die Beschlusse des Reichspräsidenten, in welcher beschlossene Reichspräsidenten die Reichspräsidenten moralischen Zeugnisse angefaßt hätten. Er hoffe, daß sich ein neues Leben unter den Bayern beginnen werde, daß diese sich ihrer Rechte und Lage bewußt werden und dann in Gemeinschaft mit der freisinnigen Partei die notwendigen Schritte ergreifen werden, bis endlich auch die Reichspräsidenten für die Angelegenheiten in die letzte Session werde seine Partei dem § 48 zustimmen, welcher Beschluß auch gefaßt werden müße, und am Schlusse der ganzen Landgemeindeförderung.

Abg. v. Webers-Galberstadt (nl.) spricht sich für den Reichspräsidenten aus. Die Entscheidung des Provinziallandtags habe den Reichspräsidenten über andere Regierung, daß seine Verhandlungen öffentlich sind.

Die Diskussion wird geschlossen und § 48 in der Reichspräsidentenfassung mit dem Antrag v. Diemowitsch angenommen.

§ 75, welcher die Amtsbauer der Gemeindevorsteher und Gehöfen regelt, hat das Abgeordnetenhaus abgelehnt, daß die Reichspräsidenten Gemeindevorsteher auf 12 Jahre (statt 6) gewählt werden.

Ein Antrag v. Diemowitsch will die Wahl auf 6 Jahre mit der Maßgabe wieder einzuführen, daß nach dreijähriger Amtsbauer eine Wahl auf weitere 9 Jahre stattfinden kann.

Abg. Dr. v. Güne (nat. lib.) erklärt sich für den Beschluß des Abgeordnetenhauses, der die Wahl der Reichspräsidenten auf dreijährige Amtszeit festsetzt, und für die Wahl der Reichspräsidenten auf sechs Jahre.

Ein Antrag v. Diemowitsch will die Wahl auf 6 Jahre mit der Maßgabe wieder einzuführen, daß nach dreijähriger Amtsbauer eine Wahl auf weitere 9 Jahre stattfinden kann.

Abg. Dr. v. Güne (nat. lib.) erklärt sich für den Beschluß des Abgeordnetenhauses, der die Wahl der Reichspräsidenten auf dreijährige Amtszeit festsetzt, und für die Wahl der Reichspräsidenten auf sechs Jahre.

Abg. v. Diemowitsch (nl.) tritt ebenfalls für den Reichspräsidenten ein, der nur in einer rein technischen Frage von dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses abweicht, den wesentlichen Theil des § 49 über die Verlesung des Stimmrechts, unterbrecht seine Unterbrecht zwischen den beiden Beschlüssen, welche nur darin, daß der Beschluß des Reichspräsidenten das Schwergewicht der Entscheidung anfallt in den Kreislauf in eine höhere Weidung legt. Dieser Unterschied ist nicht so groß, daß man sich deswillen das Zustandekommen des Gesetzes erschüttern dürfte.

Abg. Nider (Dr.) erklart, mit voller Inbegriffenheit der Sache gegenüberzutreten, da die freisinnige Partei zu den Vorberathungen über die Reichspräsidentenänderungen nicht zugezogen ist. Es sei ein ganz außerordentliches Vorgehen, daß das Abgeordnetenhaus nicht gereut habe, was das Abgeordnetenhaus gegenüber dem Reichspräsidenten im Allgemeinen stützenden Beschlusse für die Angelegenheitsordnung stimmen in der letzten Session, daß die Reform dann schneller kommen werde als die jetzige, auf die man seit 1856 habe warten müssen. Die freisinnige Partei wolle Maßregeln haben und nicht Ortsrechte, wie die Konservativen. Dann werde ein Schritt zu sein, die Reichspräsidenten für die Angelegenheiten wieder herauszugeben. Die Verlesung des Abg. v. Kuchhaupt ist begreiflich, denn für seine Partei ist das tolerari possit die äußerste Konfession. Man sehe es ihr an, daß ihr der Minister die Zahlen, den er schon auf der Einlagebande habe, der inangenehme Mann in der neuen Regierung sei, weil er die Landgemeindeförderung einseitig durchgreifen will, und das Abgeordnetenhaus dem Antrag Kuchhaupt weit vorausgehen, weil er die größten Hindernisse der Ausführung seiner Bestimmungen in den Weg lege. Er hätte es deshalb noch lieber gesagt, wenn der Antrag Diemowitsch nicht gestellt wäre. Wie weit es mit der Liebe der Konservativen zu dem Reichspräsidenten sei, erweise, nämlich die Beschlusse des Reichspräsidenten, in welcher beschlossene Reichspräsidenten die Reichspräsidenten moralischen Zeugnisse angefaßt hätten. Er hoffe, daß sich ein neues Leben unter den Bayern beginnen werde, daß diese sich ihrer Rechte und Lage bewußt werden und dann in Gemeinschaft mit der freisinnigen Partei die notwendigen Schritte ergreifen werden, bis endlich auch die Reichspräsidenten für die Angelegenheiten in die letzte Session werde seine Partei dem § 48 zustimmen, welcher Beschluß auch gefaßt werden müße, und am Schlusse der ganzen Landgemeindeförderung.

v. Diemowitsch empfiehe er, um der Eventualität vorzugeben, daß kein Fußboden vorhanden ist.

Abg. v. Diemowitsch (nl.) tritt ebenfalls für seinen Antrag ein.

Abg. v. Strombeck (Dr.) hält diesen Antrag für ein weltbedeutendes Entgegenkommen gegen das Abgeordnetenhaus, und er hoffe, dieses werde dem Reichspräsidenten zum Nutzen sein.

Abg. Nider erklart sich als durchentschieden, daß diejenige Partei, welche die Reichspräsidentenänderungen in das Abgeordnetenhaus einbringt, nicht die Möglichkeit einzelner Gemeinden vorzuziehen vertreten, zugleich für die zwölfjährige Amtsdauer plaidiren.

§ 109 wird darauf mit dem Antrag v. Diemowitsch angenommen.

Der Reichspräsident hat seinen Beschluß ja auch nur in der Weise gefaßt, ein Korrektiv zu schaffen für den Fall, daß eine konstitutionelle Regelung nicht zustande komme. Die konstitutionelle Regelung habe die Wichtigkeit nicht aufzuheben wollen. Der Provinziallandtag sei auch nicht die geeignete Instanz, von welcher dieses Korrektiv ausgehen könne. Der Provinziallandtag könne sich nicht mit der Erhebung von Klagen für einzelne Gemeinden befassen. Das wäre ja ein Unikum in unserer Gesetzgebung.

Minister Herrfurth führt aus, daß das Abgeordnetenhaus gegen die konstitutionelle Regelung gehen will, weil es die Streitigkeiten über Erweiterung und Beschränkung des Stimmrechts nicht in die Gemeinden selber hineintragen wollte. Man wolle die Entscheidung in eine möglichst frühe Zukunft legen. Die Regierung fass die Möglichkeit gehe, den Reichspräsidenten der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Der Antrag Nider sei für die Regierung unannehmbar, der Zentralantrag um deswillen, weil er den von ihm beabsichtigten Beschlusse des Reichspräsidenten trifft widerspricht. Der Antrag v. Kuchhaupt würde wohl das Abgeordnetenhaus nicht annehmen, dem Antrag v. Diemowitsch könne die Regierung aber zustimmen.

Abg. v. Diemowitsch (nl.) tritt ebenfalls für den Reichspräsidenten ein, der nur in einer rein technischen Frage von dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses abweicht, den wesentlichen Theil des § 49 über die Verlesung des Stimmrechts, unterbrecht seine Unterbrecht zwischen den beiden Beschlüssen, welche nur darin, daß der Beschluß des Reichspräsidenten das Schwergewicht der Entscheidung anfallt in den Kreislauf in eine höhere Weidung legt. Dieser Unterschied ist nicht so groß, daß man sich deswillen das Zustandekommen des Gesetzes erschüttern dürfte.

Abg. Nider (Dr.) erklart, mit voller Inbegriffenheit der Sache gegenüberzutreten, da die freisinnige Partei zu den Vorberathungen über die Reichspräsidentenänderungen nicht zugezogen ist. Es sei ein ganz außerordentliches Vorgehen, daß das Abgeordnetenhaus nicht gereut habe, was das Abgeordnetenhaus gegenüber dem Reichspräsidenten im Allgemeinen stützenden Beschlusse für die Angelegenheitsordnung stimmen in der letzten Session, daß die Reform dann schneller kommen werde als die jetzige, auf die man seit 1856 habe warten müssen. Die freisinnige Partei wolle Maßregeln haben und nicht Ortsrechte, wie die Konservativen. Dann werde ein Schritt zu sein, die Reichspräsidenten für die Angelegenheiten wieder herauszugeben. Die Verlesung des Abg. v. Kuchhaupt ist begreiflich, denn für seine Partei ist das tolerari possit die äußerste Konfession. Man sehe es ihr an, daß ihr der Minister die Zahlen, den er schon auf der Einlagebande habe, der inangenehme Mann in der neuen Regierung sei, weil er die Landgemeindeförderung einseitig durchgreifen will, und das Abgeordnetenhaus dem Antrag Kuchhaupt weit vorausgehen, weil er die größten Hindernisse der Ausführung seiner Bestimmungen in den Weg lege. Er hätte es deshalb noch lieber gesagt, wenn der Antrag Diemowitsch nicht gestellt wäre. Wie weit es mit der Liebe der Konservativen zu dem Reichspräsidenten sei, erweise, nämlich die Beschlusse des Reichspräsidenten, in welcher beschlossene Reichspräsidenten die Reichspräsidenten moralischen Zeugnisse angefaßt hätten. Er hoffe, daß sich ein neues Leben unter den Bayern beginnen werde, daß diese sich ihrer Rechte und Lage bewußt werden und dann in Gemeinschaft mit der freisinnigen Partei die notwendigen Schritte ergreifen werden, bis endlich auch die Reichspräsidenten für die Angelegenheiten in die letzte Session werde seine Partei dem § 48 zustimmen, welcher Beschluß auch gefaßt werden müße, und am Schlusse der ganzen Landgemeindeförderung.

Abg. v. Webers-Galberstadt (nl.) spricht sich für den Reichspräsidenten aus. Die Entscheidung des Provinziallandtags habe den Reichspräsidenten über andere Regierung, daß seine Verhandlungen öffentlich sind.

Die Diskussion wird geschlossen und § 48 in der Reichspräsidentenfassung mit dem Antrag v. Diemowitsch angenommen.

§ 75, welcher die Amtsbauer der Gemeindevorsteher und Gehöfen regelt, hat das Abgeordnetenhaus abgelehnt, daß die Reichspräsidenten Gemeindevorsteher auf 12 Jahre (statt 6) gewählt werden.

Ein Antrag v. Diemowitsch will die Wahl auf 6 Jahre mit der Maßgabe wieder einzuführen, daß nach dreijähriger Amtsbauer eine Wahl auf weitere 9 Jahre stattfinden kann.

Abg. Dr. v. Güne (nat. lib.) erklärt sich für den Beschluß des Abgeordnetenhauses, der die Wahl der Reichspräsidenten auf dreijährige Amtszeit festsetzt, und für die Wahl der Reichspräsidenten auf sechs Jahre.

Ein Antrag v. Diemowitsch will die Wahl auf 6 Jahre mit der Maßgabe wieder einzuführen, daß nach dreijähriger Amtsbauer eine Wahl auf weitere 9 Jahre stattfinden kann.

Abg. Dr. v. Güne (nat. lib.) erklärt sich für den Beschluß des Abgeordnetenhauses, der die Wahl der Reichspräsidenten auf dreijährige Amtszeit festsetzt, und für die Wahl der Reichspräsidenten auf sechs Jahre.

Bade-Mäntel, Bade-Tücher, Bade-Mützen, Bade-Anzüge, J. Lewin, Halle, Saale.

Reiche Auswahl, Nur beste Qualitäten, Niedrigste Preise.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1891063013/fragment/page=0003

DFG

Betten. Fertige Betten (Oberbett, Unterbett und Kissen) per Stand 18 M., 21 M., 30 M., 36 M., 45 M., 50 M., 60 M.

Bettfedern, gute staubfreie Waare, per Pfund 60 Pfg., 80 Pfg., 1 M., 1 1/2 M., 2 M., 2 1/2 M., 3 M. etc.

Gebr. Fackenheim, Grosse Ulrichstrasse 13.

Blumen.

Federn.

Damen- u. Kinderhüte

für Reise und Promenade.

Sensationelle **Strand-, Brunnen- und Gartenhüte**, durchweg schöne Neuheiten, garnirt von 1,00 bis hochelegant. **Garnirte Damenhüte** trotz vorgeschrittener Saison weiterer Eingang von Neuheiten, bedeutend ermässigte Preise. **Schwarze und weisse ungarirte Damenhüte**, grossartiges Formensortiment, Stück 0,75, feinere geflochten. **Kinderhüte** Stück 0,10, 0,25, 0,50. **Knabenhüte** Stück 10, 15, 25 Pfg., um vollständig zu räumen. **Filz-Reishüte** für Damen, billigst und hochelegant, in 75 verschiedenen Gattungen.

Sh. Liebenthal & Co.

Untere Leipzigerstrasse 103.

Julius Becker,

Bank-Geschäft,
Alle Promenade 4e,
nahe der Geist- u. Gr. Ulrichstr.

An- und Verkauf von Werthpapieren,
Einlösung von Coupons,
Ankunftsertheilung über Werthpapiere,
Kontrolle verlosbarer Werthpapiere.

Östliche Jalouien- u. Sehlleisten-Fabrik
Fernspr. 472. Franz Rudolph, Krausenstr. 10.



Eisschränke

eigener solider Construction in geschmackvoller Ausführung mit grossem Kühleffekt bei geringem Eisverbrauch in allen Grössen f. Haushaltungen, Fleischerelen, Restaurationen und Milchwirthschaften empfohlen zu billigen Preisen.
Preislisten post- und kostenfrei.
Halt. Maschinen-Anstalt
vorm. Vaass & Littmann,
Halle a. S.

Brauerei zum Pappenheimer

Tobias Gläser, Gräfenhof,
Station Probsteiella der Bahn, Staatsbahn Probsteiella-München,
empfehlend garantiert reines Export-Bier in Gebüden und Flaschen.
Niederlage: J. Mühlhölzl, Geniettenstr. 11.

Obst, Gemüse, Wild, Geflügel, Butter, Käse
a. f. w. finden höchste Verwertung bei sofortiger Cassa-Abrechnung durch

John Schellong, Städt. Verkaufsvermittler,
Leipzig, Markthalle.



Von heute ab sieht ein grosser Transport von ca. 20 Stück **Dittrichsche reumilchende und hochtragende Kühe**, sowie hochtragende Ferkel und Zerkungbullen preiswerth bei mir zum Verkauf.
S. Püferling,
Halle a. S., Brandstrasse 4.

Für Handwerker!

Buchführung, bestehend aus praktisch eingerichteten Büchern, empfiehlt
Aug. Weddy, Leipzigerstr. 23.

Spitzen-Umhänge,

Sommer-Unterröcke,

Mousseline- u. Satin-Blousen.

Battist- u. Lawn-tennis-Blousen.

Damen-Plaids.

Ledergürtel. Plaidriemen.

Feste aber sehr billige Preise.

A. Huth & Co.

Gr. Steinstrasse 7071.

Wichtig für Hausfrauen.

Bernh. Carl Pechstein, Wollwaarenfabrikant in Mühlhausen 1/2 St., fertigt aus Wolle, alten gefärbten, gebleichten und anderen reinvollenen Sachen und Abfällen haltbare u. gediegene Stoffe für Damen, Herren und Kinder, sowie Stoffe zu Vorhängen in den modernsten Mustern bei billiger Preisstellung und schneller Bedienung. Annahme und Anfertigung in Halle a. S. bei **Heinr. Naue, Wilhelmstrasse 17.**

Hintz' Moderne Häuser (acht Tausend.)

Dies erste für das Privat-Substitut berechnete architectonische Werk, 47 verschiedene Bau-Projekte mit Grundrissen, Ansichten, Breiten etc. zu beziehen gegen Entfend. v. 5 Mark an **Richard R. Hintz, Berlin, Equitable Platz.**

Meine Wohnung befindet sich von jetzt ab
Grosse Ulrichstrasse 26, I.

Sprechstunden: Vorm. 8-10 Uhr,
Nachm. 2-3 Uhr.

Dr. med. P. Ulrich,
praktischer Arzt, Wundarzt
und Geburtshelfer.

Die beste aller existirenden
Singer-
 Näh-Maschinen
Liefert unter 5jähr. Garantie
zu A. 70-75, Theils pr. Woche 2 A.
M. Resch, Gr. Ulrichstr. 47, I.

Geldschranke,
Stahlbauer, verkauft sehr billig
Cigarrenbüg., Merib.-Str. 42.

Maschinen-Verkauf.

Kessel-Dampfmaschinen zu 8, 4 u. 2 Pferdekraft, liegende Dampfmaschinen von 20 bis 4 Pferdekraft, 1 Fördermaschine zu 12 Pfdtr., 1 Locomobilmaschine zu 5 Pfdtr. mit Umföhrung, Dampfkeffel zu 75 Pfdtr., 1 kleiner zu 18 u. 9 Pfdtr., 1 Nöhrendampfkeffel, ausziehbar, zu 14 1/2 Pfdtr., sowie einige kleine Dampfkeffel für Wärrneret etc. hat zu verkaufen
J. Jochimssthal, Seibsis, Berlinerstrasse 22.

Zeitwindel-drehbanf,

2000 x 185 u. Dampfholzmäschine, 1000 x 500 zu Dampf u. Handbetrieb, 1 Universalmaschine f. Kleinener, Centrifugen zu Dampf- und Handbetrieb, einige Dampfboiler, Wärmehäuser, sowie sonstige Maschinen habe zu verkaufen. — In München Scheiben- und Sägemerren feil großes Lager.
J. Jochimssthal, Seibsis, Berlinerstrasse 22.

Unter Preis

ca. 40000 Motor bester

Kleider-

Kattune,

Serie I, das Meter **30, 35, 40** A
Serie II, beige-Kattune, Mtr. **45** A
Serie III, 80 cm br., la Cretonne forte, das Meter **50** A
Serie IV, in Elsass, Kattune, Meter **60, 65** A
Serie V, Satin imprimé, das Mtr. **65, 75** A
Vollmousseline, grösste Auswahl, das Mtr. **1, 1, 25, 2, 50** A
Ein Posten reinwoll. Cöper-beige, doppelt br., statt 1,60 A nur **75** A
Proben freil.
J. W. Sätzler, Hannover.

Steppdecken, Daunendecken und wollene Schlafdecken

empfehlend in großer Auswahl

H. C. Weddy-Pönicke.

Für den Inzeratentheil verantwortlich: B. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.